

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT  
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage der Abgeordneten Delia Susanne Klages (AfD)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung  
namens der Landesregierung

**Wasserbelastung durch Drogenrückstände**

Anfrage der Abgeordneten Delia Susanne Klages (AfD), eingegangen am 15.03.2024 -  
Drs. 19/3822, an die Staatskanzlei übersandt am 21.03.2024

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung  
namens der Landesregierung vom 22.04.2024

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

Seit dem Jahr 2011 führt das europaweite Netzwerk „SCORE“ (Sewage analysis CORe group - Europe) Abwassermonitorings auf Drogen in Europa durch. Im Jahr 2022 wurden insgesamt 104 europäische Städte untersucht, darunter Berlin, Chemnitz, Dortmund, Dresden, Dülmen, Erfurt, Magdeburg, München, Nürnberg und Saarbrücken. Dabei waren nicht nur die Regionen unterschiedlich belastet, sondern es ergaben sich auch Schwankungen je nach Wochentag.

**Vorbemerkung der Landesregierung**

Das geförderte Rohwasser zur Trinkwassergewinnung entstammt in Niedersachsen zu ca. 86 % aus Grundwasser, während ca. 12 % aus den Harztalsperren gewonnen werden. Die übrigen 2 % setzen sich aus Quellwasser, angereichertem Grundwasser, Flusswasser sowie Uferfiltrat zusammen.<sup>1</sup> Da die Harztalsperren nicht von nennenswerten Abwassereinträgen betroffen sind, sind somit 98 % des Trinkwassers in Niedersachsen als gut geschützt anzusehen.

In, vor solchen Einträgen geschütztem, Rohwasser zur Trinkwassergewinnung wären daher - wenn überhaupt - auch nur Konzentrationen zu erwarten, die im Bereich oder unterhalb der Bestimmungsgrenzen zeitgemäßer analytischer Verfahren liegen würden. Daher wird bisher in Niedersachsen (aber auch in Deutschland oder der EU allgemein) keine Notwendigkeit von systematischen Untersuchungen im Trinkwasser gesehen und es gibt auch keine Untersuchungspflicht auf Drogenrückstände.

**1. Liefert Niedersachsen Daten an das Netzwerk „SCORE“ (Sewage analysis CORe group - Europe) Abwassermonitorings auf Drogen in Europa? Falls ja, bitte die Daten je Regionen und Erhebungszeitraum mitteilen.**

Siehe Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung namens der Landesregierung vom 30.11.2023 in der Drucksache 19/2973 auf die Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung in der Drucksache 19/2730.

---

<sup>1</sup> Niedersächsisches Landesamt für Statistik (2016), Statistischer Bericht Niedersachsen – Q I 1-3j/ 2016 Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 2016.

**2. Falls die Frage 1 verneint wird: Wird die Landesregierung dafür sorgen, dass niedersächsische Städte im Rahmen des Netzwerks „SCORE“ Abwassermonitorings auf Drogen in Europa in die Untersuchungen einbezogen werden?**

Die Entscheidung, sich am SCORE Abwassermonitoring zu beteiligen liegt im eigenen Wirkungskreis der Kommunen. Eine Initiative der Landesregierung zur Beteiligung der Kommunen ist nicht vorgesehen.

**3. Wird die Landesregierung für den Fall der Legalisierung von Cannabis zu Genusszwecken in Niedersachsen das Abwasser auf Drogenrückstände untersuchen lassen? Falls ja, auf welche Drogenrückstände soll das Abwasser untersucht werden?**

Ein Abwassermonitoring auf Drogenrückstände ist für Niedersachsen derzeit nicht vorgesehen. Die Bundesregierung plant ein „Abwasserbasiertes Begleitmonitoring“ im Rahmen der Einführung des Cannabisgesetzes in Deutschland. Nähere Informationen liegen der Landesregierung derzeit nicht vor.

**4. Wie beurteilt die Landesregierung die Entwicklung der Abwasserbelastung bei einer Legalisierung von Cannabis?**

Da derzeit keine Messungen von Cannabiskrückständen im Abwasser durchgeführt werden, liegen keine Daten vor. Somit kann keine Beurteilung der Entwicklung durch die Landesregierung erfolgen.

**5. Wird die Landesregierung bei mit Drogenrückständen belastetem Abwasser auch das Trinkwasser in Rahmen eines Monitorings untersuchen?**

Wie aus den Antworten zu den vorangegangenen Fragen hervorgeht, ist diese Frage rein hypothetisch, da bislang das Abwasser nicht auf Drogenrückstände untersucht wird.

Sollten derartige Rückstände im Abwasser nachgewiesen werden, ist ein Vorkommen im Trinkwasser nicht anzunehmen, da die entsprechenden Rohwasserquellen nicht vom Abwasser beeinflusst werden. In diesem hypothetischen Fall besteht daher kein Handlungsbedarf für ein Monitoring, sodass dieses auch nicht geplant werden würde, wenn ein Abwassermonitoring durchgeführt werden würde.